

## 68. Sitzung

am Dienstag, dem 22. Februar 2011, 14.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches..... 5840

**Gedenkminute** für drei in Afghanistan getötete Bundeswehrsoldaten..... 5840

**Genesungswünsche** für die in Afghanistan verletzten Bundeswehrsoldaten..... 5840

**Geburtstagswünsche** für die Abgeordneten **Bernd Sibler** und **Sylvia Stierstorfer** ..... 5840

**Ministerbefragung gem. § 73 GeschO** auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**"Sicherheitsrisiko Atomaufsicht: Was läuft falsch im AKW Grafenrheinfeld?"**

- Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 5840 5842 5845
- Staatsminister Dr. Markus Söder... 5841 5842 5843  
5844 5845 5846 5847 5848
- Ludwig Wörner (SPD)..... 5843
- Markus Blume (CSU)..... 5843
- Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)..... 5844 5848
- Tobias Thalhammer (FDP)..... 5846
- Sabine Dittmar (SPD)..... 5847

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO** auf Vorschlag der SPD-Fraktion

**"Schluss mit dem Schaulaufen - Bayern braucht eine seriöse und verlässliche Sozialpolitik"**

- Christa Steiger (SPD)..... 5849
- Joachim Unterländer (CSU)..... 5851
- Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW)..... 5852
- Renate Ackermann (GRÜNE)..... 5853
- Brigitte Meyer (FDP)..... 5854
- Petra Dettenhöfer (CSU)..... 5855 5857
- Diana Stachowitz (SPD)..... 5857

- Hermann Imhof (CSU)..... 5858
- Bernhard Seidenath (CSU)..... 5859
- Staatsministerin Christine Haderthauer..... 5860

**Interpellation** der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FW)

**Landesentwicklung und Regionalplanung in Bayern (Drs. 16/6426)**

- Alexander Muthmann (FW)..... 5862
- Alexander König (CSU)..... 5865
- Annette Karl (SPD)..... 5868
- Thomas Mütze (GRÜNE)..... 5871
- Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)..... 5873
- Dr. Christoph Rabenstein (SPD).... 5876 5877 5878
- Thomas Dechant (FDP)..... 5877 5878
- Hubert Aiwanger (FW)..... 5878
- Staatssekretärin Katja Hessel..... 5879 5881
- Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 5880

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (Namentliche Kennzeichnung) (Drs. 16/7057)**

- Erste Lesung -

- Susanna Tausendfreund (GRÜNE)..... 5882
- Manfred Ländner (CSU)..... 5883
- Franz Schindler (SPD)..... 5884 5887
- Joachim Hanisch (FW)..... 5885
- Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 5885
- Staatssekretär Gerhard Eck..... 5886 5887

Verweisung in den Kommunalausschuss..... 5887

(Beginn: 14.02 Uhr)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 68. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Presse, Funk und Fernsehen haben wie üblich um Aufnahmegenehmigung gebeten. Diese wurde erteilt.

Ich darf im Namen des Hauses noch einmal sagen, dass wir uns gefreut haben, dass uns der Bundespräsident heute besucht und eine gute parlamentarische Rede gehalten hat. Wir danken dem Herrn Bundespräsidenten Wulff auch für die Anerkennung unserer Arbeit im Bayerischen Landtag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bitte Sie nun, sich zu einer Gedenkminute für die in Afghanistan getöteten deutschen Soldaten zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am Freitag vergangener Woche starben im deutschen Feldlager in Baghlan drei Bundeswehrsoldaten durch einen heimtückischen Anschlag eines afghanischen Soldaten. Alle drei waren in der Bayerwaldkaserne in Regen stationiert und sollten in wenigen Tagen von ihrem Einsatz in die Heimat zurückkehren. Erneut mussten junge, engagierte Männer ihr Leben lassen, als sie Afghanistan auf dem Weg zu Frieden und Demokratie Hilfe leisten wollten. Besonders bitter ist die Erkenntnis, dass der Täter zuvor von der Bundeswehr im Rahmen des "Partnering-Programms" für die Sicherheit seiner Heimat ausgebildet wurde. Er war zum Wachdienst des Feldlagers eingeteilt und wurde zum Mörder seiner deutschen Kameraden. Das Vertrauen in eine friedliche Zusammenarbeit von einheimischen Sicherheitskräften und Bundeswehrsoldaten ist damit erschüttert worden.

Diese sinnlose Tat, die Leid und Leiden für viele gebracht hat, zeigt einmal mehr, wie unberechenbar die Risiken und Gefahren sind, denen unsere Soldatinnen und Soldaten bei ihrem Dienst ausgesetzt sind. Wir alle sind ihnen dafür zu großem Dank verpflichtet.

Wir sind in Gedanken bei den Familien und Freunden der Verstorbenen. Sie haben einen geliebten Menschen verloren. In diesen schweren Stunden wünschen wir den Angehörigen Trost und Beistand. Der Bayerische Landtag trauert mit ihnen und wird den getöteten Soldaten ein ehrendes Gedenken bewahren.

Sie haben sich zu Ehren der Toten erhoben. Dafür danke ich.

Im Namen des Hohen Hauses übermittle ich den bei diesem Anschlag verletzten Soldaten die besten Genesungswünsche. In unsere Gedanken schließen wir auch diejenigen ein, die am selben Tag abends bei einem Angriff bei Kundus verletzt worden sind.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, übermittle ich zwei Geburtstagsglückwünsche.

Am 19. Februar feierte Herr Kollege Bernd Sibler einen runden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch nachträglich!

(Allgemeiner Beifall)

Am heutigen Tag hat Frau Kollegin Sylvia Stierstorfer Geburtstag. Ich habe sie schon gesehen, aber in dem Augenblick von dem Geburtstag nichts gewusst; und nun kann ich persönlich die Gratulation nicht nachholen, weil sie nicht da ist; aber die Glückwünsche können ihr übermittelt werden. Ich wünsche ihr im Namen des gesamten Hauses alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Ministerbefragung gem. § 73 Gescho auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN**  
**"Sicherheitsrisiko Atomaufsicht: Was läuft falsch im AKW Grafenrheinfeld?"**

Zuständig für die Beantwortung ist der Herr Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Herr Dr. Söder.

Der erste Fragesteller vonseiten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist Herr Kollege Hartmann.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Minister Dr. Söder, wie Ihnen sicher hinreichend bekannt ist, gab es im Zuge der Revision am 15. Juni 2010 einen auffälligen Befund am Thermoschutzrohr des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld. Damals waren sich alle drei Beteiligten eigentlich einig - der Betreiber Eon, die bayerische Atomaufsicht, der TÜV Süd -, dass es ausreichen würde, das betreffende Element auf der Grundlage dieses Befundes in zwei Jahren in einer Ultraschalluntersuchung noch einmal zu prüfen, dass der Befund zwar eine registrierungspflichtige Schwelle überschritten hat, aber kein meldepflichtiges Ereignis ist. Dann sollen weitere Schlüsse daraus gezogen werden.

Ich frage Sie: Wie kann es sein, dass sechs Monate später folgender Sachstand eingetreten ist: Das Rohr-

element wird im März 2011 herausgetrennt und ausgetauscht. Am 16. Dezember meldete Eon um 17 Uhr den Befund als meldepflichtiges Ereignis.

Sodann gab es eine Weiterleitungsnachricht an alle Kernkraftwerksbetreiber, nach ähnlichen Befunden in den AKW zu suchen. Wie erklärt es sich, dass die bayerische Atomaufsicht diesen Fall im Juni letzten Jahres als registrierungspflichtig eingestuft, aber in den letzten sechs Monaten eine Kehrtwendung um 180 Grad vollzogen hat?

Des Weiteren interessiert mich: Wie ist im Juni 2010 die Frist einzuschätzen gewesen, die man braucht, um für das entsprechende Element Ersatz zu beschaffen? Mit welchen Stillstandzeiten hat der Betreiber damals gerechnet? Wie lange sollte nach der damaligen Einschätzung die Anlage abgeschaltet werden, um Ersatz zu beschaffen, falls man das Anfahren nicht mehr erlaubt hätte?

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Situation des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld wurde bereits mehrfach - es ist heute also nicht das erste Mal - umfassend, offen und transparent Rede und Antwort gestanden, zum einen im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages am 19. Januar 2011, zum anderen im Umweltausschuss des Bayerischen Landtags am 27. Januar 2011. Hier hat es eine ausführliche Diskussion gegeben. Die Berichtsanträge, die gestellt worden waren, wurden damals gemeinhin für erledigt erklärt. Damals hat man sich nach Aussage des Vorsitzenden Dr. Magerl von den GRÜNEN darauf verständigt, die erneute Debatte erst dann zu führen, wenn eine Revision vorliegt. Trotzdem ist es natürlich jederzeit das Recht des Parlaments, noch einmal nachzufragen.

Wie sind die Fakten beim Kernkraftwerk Grafenrheinfeld? Das Wichtigste ist, und das wurde von allen bestätigt: Dieses Kraftwerk ist und war zu jedem Zeitpunkt sicher. Das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld erfüllt wie alle anderen bayerischen Kernkraftwerke die absoluten Anforderungen des Atomrechts. Alle Sicherheitsprotokolle sind entsprechend beachtet worden. Aus heutiger Sicht jede Aktion infrage zu stellen, entspricht nicht der Realität. Wir führen als Freistaat Bayern eine strenge und konsequente Aufsicht über alle bayerischen Kernkraftwerke. Die Sicherheit hat dabei vor allen anderen Belangen absolut oberste Priorität. In Bayern muss jede Anlage die gesetzlichen Sicherheitsanforderungen jederzeit und in vollem Umfang erfüllen. Gäbe es nur den geringsten Anhalts-

punkt oder den geringsten Verdachtsmoment, dass ein Kernkraftwerk nicht sicher ist, würde es sofort abgeschaltet. Jedes bayerische Kernkraftwerk wird im Jahr im Schnitt tausend Mal kontrolliert. Die Prüfungen werden sorgfältig ausgewertet und dokumentiert. Unabhängige Experten des TÜV Süd legen die Prüfergebnisse ihren sicherheitstechnischen Bewertungen zugrunde, und dann handelt die Kernkraftaufsicht auf der Basis fachlicher Bewertungen und Empfehlungen; so auch bei Grafenrheinfeld.

Seit 2001 gab es über 10.000 Überprüfungen in diesem Kraftwerk. In den letzten zehn Jahren kam es bei keiner einzigen dieser Überprüfungen zu einem Ereignis oberhalb der Stufe Null der internationalen Bewertungsskala. Das heißt, Grafenrheinfeld ist und war sicher.

Herr Hartmann, im Zuge in der Jahresrevision des Jahres 2010, die Sie ansprechen, wurde ein Rohrstück einer Ultraschallprüfung unterzogen. Dort war das gemessene Ultraecho leicht erhöht. Der TÜV Süd und das Staatsministerium bzw. die Kernkraft-Aufsicht haben dann während des Stillstands der Anlage miteinander diskutiert. Insbesondere vonseiten des TÜVs wurden materialwissenschaftliche Berechnungen eingehend geprüft und bewertet. Das Ergebnis war, und das ist das Entscheidende: Die Integrität der Rohrleitung ist voll gewährleistet. Der Befund, der sich daraus ergeben hat - das ist die entscheidende Frage -, lautet: sicherheitstechnisch absolut unbedenklich. Der TÜV sagt in einer Stellungnahme vom 15. Juni letzten Jahres: "Zusammenfassend stellen wir fest, dass die Integrität der druckführenden Umschließung durch den festgestellten Befund nicht beeinträchtigt ist. Die Aussage, dass dieser Befund sicherheitstechnisch unbedenklich sei, bestätigen wir."

Auch auf Bundesebene gab es ab August Gespräche zwischen den Fachbehörden. Der Bund hat in der Sitzung der Reaktorsicherheitskommission am 16.12. - die Sitzungen sind nun mal in bestimmten Zeiträumen - ein einhelliges Votum dafür abgegeben, dass gegen einen weiteren Betrieb keine sicherheitstechnischen Bedenken bestünden. Anderweitige Meinungen gab es von der Reaktorsicherheitskommission zu diesem Zeitpunkt nicht und gibt es bis heute nicht. Übrigens ist der Vorsitzende dieser Kommission noch von Herrn Gabriel selbst benannt worden. Insofern sollte er bei Ihnen ein gewisses Grundvertrauen genießen. Dies und auch die Aussagen des Bundesumweltministeriums hat dann der Deutsche Bundestag bestätigt.

Diese Ultraschallanzeige vom Juni 2010 war nicht meldepflichtig, weil sie nach dem Sicherheitsprotokoll nicht notwendig war. Es wurde nämlich kein Anlass

festgestellt. Damit war kein Meldekriterium gegeben. Der Betreiber hat dann nachträglich - vorläufig und vorsorglich - eine Meldung erstattet. Auch das ist wichtig: Die Kernkraft-Aufsicht in Bayern handelt bei ihren Veröffentlichungen freiwillig. Es gibt hierfür keine gesetzliche Pflicht. Dies hat damals übrigens weder ein Bundesminister Trittin noch ein Herr Gabriel gefordert und durchgesetzt. Wir haben aber vorsorglich darüber informiert. Dieser Austausch wird jetzt bereits im März 2011 vorsorglich stattfinden. Das ist im Interesse eines jeden Einzelnen.

Ich fasse zusammen. Entscheidend ist: Das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld ist nach einhelliger Bewertung aller zuständigen Experten, ob das die Atomaufsicht in Bayern ist, ob das der TÜV Süd, das Bundesministerium für Umwelt oder die Reaktorsicherheitskommission ist, sicher betrieben worden. Das heißt, dass die bayerische Kernkraft-Aufsicht zu jedem Zeitpunkt konsequent und sachgerecht gehandelt hat. Deswegen ist der nachhaltige Versuch, das immer wieder erneut infrage zu stellen, auf Dauer zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Die erste Nachfrage übernimmt Herr Kollege Hartmann. Bitte schön.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Minister Dr. Söder! Ich weiß nicht, ob ich das Instrument "Ministerbefragung" falsch verstanden habe. Sie haben hier einen vorgefertigten Text abgelesen, ohne konkret auf die Fragen einzugehen. Ich wollte eigentlich wissen, wie diese Meinungsänderung zustande gekommen ist. Es kann doch nicht sein, dass man sich am 15.6. einig war, dass man in zwei Jahren wieder prüft, sich aber jetzt plötzlich einig ist, dass man das Element austauschen muss. Wenn ich Sie recht verstanden habe, haben Sie sich fast so ausgedrückt, als passiere das routinemäßig. Man hat wohl erst im Dezember entschieden, das Element auszutauschen. Wie ist es dazu gekommen? Kann es nicht sein, dass die bayerische Atomaufsicht im Juni 2010 beide Augen zugedrückt hat und man im Dezember 2010, um einer Weisung aus Berlin vorzubeugen, schnell noch gehandelt hat?

Des Weiteren ist die Frage: Gab es Probleme, das betreffende Rohrelement so schnell aufzutreiben? Man wird diskutiert haben, ob man das austauschen wollte, müsste oder nicht. Was ist dort entschieden worden? Wie lange braucht man, um das betreffende Element zu besorgen? Auf diese Frage hätte ich von Ihnen gerne eine Antwort.

Ich füge folgende weitere Frage an: Können Sie auf der Grundlage von Gutachten oder Untersuchungen

ausschließen, dass das Problem nicht mit dem Lastenfolgebetrieb des Kernkraftwerkes zusammenhängt, dass sozusagen durch den möglichen Riss ein Schaden im Mechanismus systematischer Art entstanden ist und während des Anlagenbetriebs vielleicht weiter wächst? Auf welcher Grundlage können Sie faktisch ausschließen, dass durch einen möglichen Riss ein Schaden systematischer Art entstanden und gewachsen ist? Das möchte ich von Ihnen hören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte schön, Herr Dr. Söder.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Lieber Herr Hartmann, ich habe vorhin festgestellt, dass auch Sie Ihre Fragen vom Blatt abgelesen haben.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Aber er hat nicht abgeschrieben! - Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

- Ich auch nicht.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Das musste heute irgendwann kommen. - Nein, nicht von Ihnen, Herr Dr. Söder.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Herr Präsident, dafür war es recht müde. Das ist wohl der Zustand der Opposition.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Zurufe von der SPD: Aha, aha!)

Zum ersten Punkt: Es gibt bis auf den heutigen Tag in der Sicherheitseinschätzung eine klare einheitliche Bewertung. Diese einheitliche Bewertung hat sich seit der Revision und den Prüfungen bis auf den heutigen Tag nicht geändert. Ich glaube aber, dass es sinnvoll ist, dass dann, wenn auch die Experten zu dem Ergebnis kommen, es gebe keine Sicherheitsbedenken, die Betreiber und die Aufsicht, gemeinsam entscheiden, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Untersuchung durchzuführen.

Ich möchte wissen, was Sie gefragt hätten, wenn man praktisch entschieden hätte, das Kraftwerk länger laufen zu lassen, ohne Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Sie unterstellen quasi, es sei ein Fehler passiert, weil die Aufsicht schnell handle. Das weise ich mit Nachdruck und Entschiedenheit zurück.

Zweitens: Was und welche Ersatzteile zu beschaffen gewesen wären, ist zunächst einmal Sache des Betreibers, nämlich von Eon. Da müssen Sie Eon befra-

gen, aber nicht uns; denn diese Frage hätte sich dann gestellt, wenn ein sofortiger Austausch notwendig gewesen wäre. Ein solcher Austausch war aber logischerweise nicht notwendig, weil für die entsprechende Stelle keine Sicherheitsbedenken bestanden haben.

Drittens: Was den Lastenfolgebetrieb betrifft, sprechen Sie eine Vermutung aus, die nicht zutrifft. In Bezug auf den Lastenfolgebetrieb sind in Deutschland generell, aber auch in Bayern, keinerlei Probleme zu erwarten. Deswegen ist aus unserer Sicht, aber auch aus Sicht der Experten, ein solcher Zusammenhang national wie international nicht herzustellen.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Nächste Frage: Herr Kollege Wörner, bitte.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Staatsminister, ich frage Sie vor dem Hintergrund, dass sich in Gösgen in der Schweiz im Jahr 2005 ein ähnlicher Vorfall ereignet hat. In diesem Fall hat die Schweiz das Ganze sofort ausgetauscht. Haben die Schweizer eine andere Sicherheitseinschätzung als die Bayerische Staatsregierung? Hat die Schweiz ein anderes Überwachungsinstrument, um etwas so zu bewerten? Diese Frage stellt man sich, wenn zwei Länder Kernkraftwerke betreiben, aber zu so unterschiedlichen Einschätzungen kommen, wie Sie es gerade beschreiben und immer wieder zu verteidigen versuchen.

Zweitens berufen Sie sich immer wieder auf die Unabhängigkeit des TÜV. Diese Unabhängigkeit wird von einem Gutachten der Bundesregierung bzw. vom Bundesumweltamt infrage gestellt. Wie stehen Sie zu diesem Gutachten bzw. zu den Äußerungen in diesem Gutachten, die den TÜV in diesen Fragen keinesfalls für objektiv halten? Da gibt es einen inneren Zusammenhang.

Das Dritte. Herr Lazik hat in seiner Darstellung gegenüber dem Umweltausschuss auf unsere Bitte hin gesagt: Wenn das Rohrteil ausgetauscht wird, wird es von einem unabhängigen Gutachter untersucht. Wir gehen davon aus, dass das nicht der TÜV ist. Können Sie uns heute sagen, wer der Gutachter sein soll, der dieses Rohrteil untersucht, und wann mit Ergebnissen gerechnet werden kann?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Danke schön, Herr Kollege Wörner. Bitte, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal: Der Schweizer Vorfall ist uns in der Sache nicht mitgeteilt worden; denn zuständig für sol-

che Fragen wäre das Bundesministerium für Umwelt. Sie sprechen von einem Vorfall, der vor längerer Zeit passiert sein soll. Wir haben aber in all den Jahren weder von Herrn Trittin noch von Herrn Gabriel eine entsprechende Aufforderung bekommen, dem nachzugehen.

Wir halten uns in Deutschland mit an die strengsten Sicherheitsanforderungen der Welt. Wir haben das strengste kerntechnische Regelwerk, erstellt in der Zeit von Herrn Trittin und dann von Herrn Gabriel. Wir haben auch von den beiden Ministern, die politisch zu diesem Thema Kernenergie nun wirklich woanders stehen als ich und diese Staatsregierung, immer wieder bestätigt bekommen, dass die bayerischen Kernkraftwerke alle Sicherheitsanforderungen erfüllen und dass es keinen Anlass gegeben habe, die bisherige Praxis der Prüfung zu ändern. - Erstens.

Zweitens: Wir halten Ihr Misstrauen gegenüber dem TÜV Süd für nicht gerechtfertigt. Der TÜV Süd ist weltweit der viertgrößte Prüfer. Er ist nicht nur ein renommiertes, sondern auch unabhängiges Unternehmen, das global operiert. - Ich bin nicht der Pressesprecher des TÜV und auch nicht sein Verteidiger. Aber wenn man die internationalen Vergleichsmaßstäbe anlegt und sieht, wo der TÜV überall in der Welt als sachverständiger Gutachter hinzugezogen wird, ist die Auffassung gerechtfertigt, dass der TÜV ein absolut unabhängiger, profunder, professioneller Gutachter ist. Deshalb wird der TÜV Süd unser erster Ansprechpartner bei der weiteren Befundnahme sein. Er hat im Übrigen auch mit Abstand die beste Kenntnis von den Kernkraftwerken, weil er dort täglich bzw. jede Woche Prüfungen vornimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Blume, bitte.

**Markus Blume (CSU):** Herr Staatsminister, diese Debatte ist in gewisser Weise eine Phantomdebatte. Denn wir haben dasselbe schon bei anderer Gelegenheit in extenso diskutiert. Ich muss feststellen, dass der Erkenntnisfortschritt äußerst gering ist, was vor allem von den Fragestellern herrührt. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie bitten, in dieser Debatte auch noch einmal herauszuarbeiten und zu Protokoll zu geben: Gab es denn je irgendeinen Anhaltspunkt für die Annahme, dass die Sicherheit bei dieser Anlage nicht gewährleistet war? Das ist doch die Frage, um die es letztendlich geht, und daran schließen sich alle anderen Dinge an.

(Ludwig Wörner (SPD): Das ist doch eine rhetorische Frage! Wenn er Ja sagt, ist er tot!)

Gab es je einen solchen Zustand oder nicht?

Damit verbinden möchte ich die Anmerkung, auch als Frage formuliert: Führen wir diese Debatte vielleicht nur deshalb, weil in Bayern höchste Vorsorgestandards gelten mit der Folge, dass hier eben sehr genau hingeschaut wurde, genauer möglicherweise als überall sonst auf der Welt, und wir in der Folge diese Diskussion haben, die woanders in dieser Weise gar nicht stattfindet?

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte schön, Herr Minister.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Zunächst einmal habe ich grundlegenden Respekt vor jeder Sorge und jeder Besorgnis unserer Bürgerinnen und Bürger bei diesem Thema. Es ist auch unsere Aufgabe, diese nicht nur zu zerstreuen, sondern die Angelegenheit ganz sachgerecht aufzuklären. Deswegen hat es nicht nur lange und intensive Befragungen im Umweltausschuss gegeben, sondern das Staatsministerium hat sich auch in Person seines Amtschefs einer großen Diskussion in Schweinfurt gestellt. Das war eine, wie ich meine, wichtige Diskussionsgrundlage. Dabei ist vieles diskutiert worden, auch übrigens sehr zufriedenstellend für viele Bürgerinnen und Bürger. Es geht darum, Sachfragen zu klären, nicht darum, Meinungen in die Welt zu setzen.

Aus unserer Sicht ist es eindeutig so: Es gibt keine einzige Stellungnahme, die auch nur annähernd belegen könnte, dass irgendetwas in diesem Kernkraftwerk Grafenrheinfeld nicht den Sicherheitsanforderungen entspricht, die national für uns entscheidend sind. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen: In der Reaktorsicherheitskommission sind 16 Mitglieder; zwölf von ihnen wurden noch unmittelbar von Trittin und Gabriel benannt. Sie ist also unverdächtig, eine Mehrheit zu haben, die politisch die Kernkraft in irgendeiner Form besonders unterstützen würde. Es gab einen Artikel im "SPIEGEL", auf den sich die ganze Debatte bezieht. Der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission, Herr Klaus-Dieter Bandholz, hat für seine Reaktorsicherheitskommission festgestellt - es ist wichtig, das wörtlich zu zitieren -

dass es sich bei den Äußerungen

da stand nämlich ein Ungenannter, wir kennen das ja

nicht um eine Stellungnahme der RSK handelt, im Gegenteil: Die Beratungen der RSK ergeben keine Bedenken gegen einen Weiterbetrieb der Anlage.

Das war eine eindeutige Position. Übrigens: Der oft zitierte ehemalige Abteilungsleiter im BMU, Herr Wolf-

gang Renneberg, hat in einem Radiointerview zu Grafenrheinfeld auf die Frage, "Wissen Sie denn genau, was da passiert?", Folgendes gesagt: "Das kann ich jetzt von außen leider nicht beurteilen." - Deswegen sagen wir, es gibt keinen Experten, der damit beschäftigt ist, der auch nur annähernd die Sicherheit des Kraftwerkes infrage stellen könnte.

Zu der zweiten Frage, Herr Abgeordneter: Wir nehmen diese Anforderungen und Aufforderungen in Bayern besonders ernst, weil wir viele Reaktoren haben und weil klar ist, dass ein Kernkraftwerk ein höheres Sicherheitsniveau hat als andere Energieformen. Deswegen ist es so wichtig und maßgeblich, dass wir die gesetzlichen Anforderungen zum Teil sogar über das nationale Niveau hinaus prüfen und Meldungen beispielsweise im Internet veröffentlichen, obwohl wir dazu gesetzlich gar nicht verpflichtet wären. Aber für uns sind Transparenz, Kontrolle und Sicherheit die prioritären Aufgaben. Nicht Wirtschaftlichkeit ist entscheidend beim Kernkraftwerk, sondern Sicherheit, und diesen Kurs behalten wir bei.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank. Es wurde angeregt, dass ich die korrekte Zitierweise unter Angabe der Quelle ausdrücklich loben soll. - Herr Dr. Fahn, Sie sind der Nächste.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FW):** Herr Blume, ich sage, es ist keine Phantomdebatte, die hier geführt wird. Es ist eine realistische Diskussion mit Beiträgen von vielen Hunderten besorgter Bürger, die immer wieder zu Veranstaltungen gehen, wie zum Beispiel in Schweinfurt. Dort waren einige Hundert.

Auch in der "Main-Post" finden sich dazu viele Leserbriefe. Ich meine, Herr Minister, Sie spielen die ganze Sache ein bisschen herunter.

Es gibt von Herrn Renneberg auch anderslautende Äußerungen, zum Beispiel im Fernsehen oder in einem Presseorgan. Stephan Kurth vom Öko-Institut, der auch in Schweinfurt war, hat gesagt: Da ist ein Riss.

Ich meine, hier gibt es eine Bringschuld - das sage ich hier wieder - von Ihnen, dafür zu sorgen, dass das fragliche Rohr möglichst sofort ausgetauscht wird. Aber da scheinen Sie auf Zeit zu spielen. Ich habe Ihnen zum Beispiel am 28. Januar einen diesbezüglichen Brief geschrieben, auf den Sie bisher nicht geantwortet haben - vielleicht machen Sie es ja noch. Aber heute ist schon der 22. Februar, und im März soll das Rohr ausgetauscht werden. Das heißt, dann müssten Sie jetzt konkrete Informationen haben. Wird das AKW zum Beispiel, wenn das Rohr ausgetauscht

wird, abgeschaltet oder geschieht der Austausch des Rohrs bei laufendem Betrieb? Außerdem müssten Sie heute schon wissen, wann dieser Austausch stattfindet. Wer prüft die Reparaturarbeiten? Wann wird das AKW, sollte es vorher abgeschaltet werden, wieder eingeschaltet? Und schließlich die Frage: Wer zahlt das Ganze? - Das sind die ersten Fragen, die ich konkret an Sie stelle.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Herr Fahn, Besorgnis ja, und die beste Antwort auf Besorgnis ist nicht Gegenbesorgnis, sondern sind Fakten. Die habe ich in den verschiedenen Ausführungen, die ich bereits gemacht habe, zu liefern versucht.

Herrn Renneberg habe ich bereits erwähnt. Ich muss Ihnen sagen: Ein allgemeines Statement über die Sorge bezüglich der Sicherheit der Kernkraftwerke hilft uns nicht, wenn es um die Frage geht, was im Kraftwerk Grafenrheinfeld konkret passiert. Und wenn Herr Renneberg sagt: Sorry, das kann ich nicht beurteilen, denn da habe ich konkret keine Ahnung, stellt das nicht seine grundsätzliche Qualifikation infrage, wohl aber seine Qualifikation, auf Fragen zu Grafenrheinfeld zu antworten.

Wenn Herr Stephan Kurth vom Öko-Institut Darmstadt in der Veranstaltung in Schweinfurt am 15. Februar gesagt hat, er sehe überhaupt keine akute Gefahr, das Material verfüge über genügend Reserven,

(Simone Tolle (GRÜNE): Das hat er nicht gesagt!)

dann, muss ich Ihnen ehrlich sagen, ist das auch eine Bestätigung von jemandem von der anderen Seite. Das ist zitiert und es ist auch die richtige Fußnote. - Erstens.

Zweitens: Die Revision findet Ende März statt. Herr Fahn, von der Logik her kann ich nicht vorher sagen, was das Ergebnis sein wird und ob ein Befund besteht und was genau passiert. Es wird aber, da dürfen Sie sicher sein, so passieren, dass bei einer Revision abgeschaltet wird. Dann wird die Revision vorgenommen, dann wird untersucht. Da geht es übrigens nicht nur um diese Stelle. Ich bin zwar kein Ingenieur; die meisten hier im Parlament, die die Fragen stellen, übrigens auch nicht. Aber man wird sehen, dass das ein komplizierter Prozess ist. Dafür gibt es extrem dicke Handbücher, technische Sicherheitsprotokolle. Diese werden Punkt für Punkt, Stück für Stück, Seite für Seite, Fall für Fall genau abgearbeitet, damit am Ende ein solches Sicherheitsprotokoll nicht nur erfüllt, son-

dern tatsächlich umgesetzt wird. Diese Revision nimmt der Betreiber des Kernkraftwerks vor. Am Schluss gibt es eine gemeinsame Bewertung vom Betreiber bzw. vom TÜV und dann von der Aufsicht. Darüber werden wir dann entsprechend diskutieren können.

Ich möchte aber noch einmal sagen: Egal, wie sich die jetzige Diskussionslage und die Vermutungen jetzt darstellen, läuft diese Einschätzung darauf hinaus, dass Grafenrheinfeld sicher ist. Es wurde kein Riss oder Anriss festgestellt. Jeder Zuständige, der sich damit beschäftigt hat, hat die Unbedenklichkeit bezüglich der Sicherheit festgestellt. Und dabei bleibt es auch.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Wer zahlt das denn?)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Danke schön. Jetzt spricht der Kollege Hartmann, ihm folgt Kollege Thalhammer.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Herr Minister Söder, Sie haben meine Frage immer noch nicht beantwortet. Der Hinweis, ich solle Eon fragen, reicht mir nicht. Ich möchte ganz konkret von Ihnen wissen, ob die Information, wie schnell das Ersatzteil beschafft werden kann, der Atomaufsicht zum Zeitpunkt der Entscheidung im Juni bekannt war. Wenn ja, ist das mit in die Entscheidung eingeflossen oder nicht? Sie können gerne sagen, Sie wissen es nicht. Das wäre dann auch eine Antwort. Aber bitte verweisen Sie mich nicht an Eon. Ich möchte von Ihnen wissen: War der Atomaufsicht bekannt, wie lange man benötigt, um Ersatz zu beschaffen und ist das mit in die Entscheidung im Monat Juni 2010 eingeflossen?

Außerdem möchte ich jetzt noch eine zweite Frage beantwortet haben. Sie reden immer von der Einigung. Bezieht sich das auf die bayerischen Behörden, auf die bayerische Atomaufsicht, den TÜV Süd und den Kraftwerksbetreiber Eon, oder bezieht sich das auch auf andere, wie das Bundesumweltministerium, die Reaktorsicherheitskommission, die Ausschüsse und andere. Auf diese beiden Fragen hätte ich gerne eine klare Antwort, es sei denn, Sie sagen, Sie wissen es nicht.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte, Herr Minister.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Die Diskussion, ob es eines Ersatzteiles bedarf, hat es gar nicht gegeben, und zwar deswegen nicht, weil keine Sicherheitsbedenken bestanden. Somit ist Ihre Frage in diesem Punkt praktisch erledigt. Sobald

ich feststelle, ich brauche das nicht, stellt sich auch nicht die Frage, ob Ersatzteile zu beschaffen sind.

Zur zweiten Frage: Die Einigung bestand. Man muss noch einmal festhalten, dass es kein meldepflichtiges Ereignis gewesen ist. Es hat ab August Gespräche auf Fachebene gegeben. Die Fachbehörden von Bund und Ländern gehen bezüglich der Sicherheit nicht Buchbinder-Wanninger-mäßig vor wie vielleicht auf anderen Politikfeldern. Es gibt da vielmehr eine enge symbiotische Verflechtung, da es eben ein sehr wichtiges Thema ist. Deswegen hat das BMU letztendlich auch festgestellt und zwar ebenso einhellig wie die RSK, dass es die gleichen Sicherheitseinschätzungen hat wie Bayern.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Danke schön. Nun hat Herr Thalhammer als Nächster das Wort.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Herr Staatsminister, Sie erlauben es mir sicherlich, kurz darauf hinzuweisen, dass wir am 27. Januar über mehrere Stunden hinweg im Umweltausschuss sehr intensiv und ins Detail gehend jede diesbezügliche Frage bereits abschließend behandelt haben. Im Übrigen hat der Kollege Hartmann alle Fragen, die er heute gestellt hat, bereits in dieser Umweltausschusssitzung gestellt, obwohl er im Grunde nicht Mitglied dieses Ausschusses ist.

Häufig ist es natürlich so, dass aufgrund einer ideologischen Grundeinstellung eine selektive Wahrnehmung vorherrscht. Deshalb erscheint es mir wichtig, einige Sachverhalte noch einmal klar und deutlich zu formulieren.

Ich frage Sie, Herr Staatsminister: Ist Grafenrheinfeld sicher?

(Zurufe von der CSU: Ja!)

Reicht es nach Einschätzung der Fachleute aus, das betroffene Rohrstück im März und nicht schon sofort auszutauschen?

Sind Sie mit mir einer Meinung, dass wir diese Debatte heute nur aufgrund neuer, innovativer und freiwilliger Kontrollmethoden führen und dass die Fragestellung bei der heutigen Ministerbefragung nicht hätte lauten dürfen, was falsch läuft, sondern dass eigentlich gefragt hätte werden müssen, was bei unserer Überwachung richtig läuft?

(Zurufe von den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte sehr, Herr Minister.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Ich finde es unangemessen, wie manche mit ihren Zwischenbemerkungen agieren, denn es geht doch um ein sehr ernstes Thema.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Im Grunde habe ich schon etwas Verständnis, denn wir haben zurzeit Landtagswahlen und man versucht sicherlich, sich da jederzeit zu unterstützen. Ich sage allerdings aus tiefster Überzeugung, dass es auf Dauer der falsche Weg ist, mit der Angst der Bevölkerung Wahlkampf zu machen.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ihre Frage eins beantworte ich mit Ja. Das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld ist nach allen Sicherheitsstandards, die es gibt, sicher. Ich möchte noch einmal ausdrücklich festhalten: Diese Sicherheitsstandards sind nicht etwa Standards, die wir uns in Bayern ausgedacht haben, vielmehr hatten wir in den letzten zehn Jahren zwei Umweltminister anderer Couleur, sei es Rot oder Grün, die diese Standards durch das BMU intensiv haben prüfen lassen und Vorgaben gemacht haben. Es wurde in allen Anfragen, die im Deutschen Bundestag gestellt wurden, vom BMU bestätigt - übrigens auch für Isar 1 -, dass diese Kernkraftwerke sicher sind und den Standards entsprechen. Deswegen noch einmal: Ja, Grafenrheinfeld ist sicher.

Die zweite Frage. Es reicht absolut aus, den Austausch im März vorzunehmen. Die Fachleute gingen sogar von einem längeren Zeitraum aus. Das heißt, man hätte auch später austauschen können. Aber ich glaube, wir haben gemeinsam der Besorgnis wegen die richtige Entscheidung getroffen, es jetzt zu tun.

Und nun zur dritten Frage, zu den Kontrollmechanismen. Ich glaube in der Tat, Herr Abgeordneter, dass wir gerade im internationalen und im europäischen Verbund mit unseren Mess- und Kontrollmethoden den Standard für andere Länder setzen können.

Eines der Argumente dafür, dass wir in Deutschland eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke haben wollen, ist, dass wir nicht sicher sind, ob wir nicht am Ende, wenn die Kernkraft abgeschaltet wäre, genötigt wären, aus dem Ausland Strom zu beziehen, der dort mit deutlich geringeren Sicherheitsstandards erzeugt wird.

(Beifall bei der CSU - Ludwig Wörner (SPD): Oh, oh!)

Deswegen sagen wir: Ja, wir haben die besten Sicherheitsstandards und wollen sie auch behalten und innovativ weiterentwickeln.

(Beifall bei der CSU - Ludwig Wörner (SPD): Sie machen Wahlkampf mit der Angst, die Lichter gehen aus!)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Nächste Fragestellerin ist Frau Kollegin Dittmar. Ihr folgt dann noch mal Herr Kollege Dr. Fahn. Bitte, Frau Dittmar.

**Sabine Dittmar (SPD):** Herr Minister, Sie behaupten immer wieder, es habe keine Differenzen in der Bewertung der Messwerte zwischen Bundesumweltministerium und bayerischer Atomaufsicht gegeben. Ich bezweifle dies. Denn letztendlich sind völlig unterschiedliche Konsequenzen aus diesen Messergebnissen gezogen worden.

Die bayerische Atomaufsicht hat die Befunde als sicherheitstechnisch unbedenklich eingestuft und die Anlage schließlich mit der Maßgabe, dass der Befund bei weiteren Revisionen im Auge behalten werden müsse, wieder ans Netz gelassen.

Das Bundesumweltministerium hat irgendwie Wind davon bekommen, hat die Reaktorsicherheitskommission zur Beratung hinzugezogen und ist am 16.12. zu dem Ergebnis gekommen, dass bei der Jahresrevision 2011 das besagte Thermorohr herausgenommen und einer materialwissenschaftlichen Untersuchung unterworfen werden müsse.

Das sind für mich zwei völlig unterschiedliche Bewertungen der Messergebnisse. Ich frage Sie: Warum sind die bayerische Atomaufsicht und der TÜV Süd im Juni noch nicht zu diesem Ergebnis gekommen? Welche neuen Ergebnisse haben Sie am 14. Dezember im Fachgespräch mit dem Betreiber gewonnen, dass Sie diesen dann veranlasst haben, das Rohr auszutauschen?

Ein weiterer Punkt: Sie wissen, dass es bereits im Jahre 2001 an dieser Stelle Auffälligkeiten gab. Diese Messkomponente war damals im kerntechnischen Regelwerk noch nicht vorgesehen. Bayern hat trotzdem überprüft und ein Prüfintervall von acht Jahren vorgegeben.

Dazu meine erste Frage: Warum wurde dieses Prüfintervall um ein Jahr überschritten und warum wurde erst nach neun Jahren überprüft?

Zweite Frage: Ist es nicht so, dass die Vorgabe von Prüfungsintervallen bei unauffälligen Befunden eine Wiederholungsprüfung sein soll, dann aber, wenn ich

eine Auffälligkeit entdecke, die Prüfung deutlich früher durchgeführt werden muss?

Zwischenzeitlich ist diese Messkomponente in das kerntechnische Regelwerk aufgenommen worden. Zu welchem Zeitpunkt geschah das? Und warum ist nicht spätestens zu diesem Zeitpunkt die Untersuchung erneut vorgenommen worden?

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Danke schön. Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Ihr Zweifel ist aus meiner Sicht unangemessen, Frau Kollegin. Im Laufe des letzten halben Jahres hat es zwischen den Fachleuten eine Diskussion über die Sache gegeben und auch eine Diskussion darüber, ob es sicherheitsrechtliche Bedenken gibt oder nicht. Einzelne Fragen davon, meine Damen und Herren, waren im Hinblick auf die Sicherheitsrelevanz nicht entscheidend. Entscheidend war das Ergebnis. Das Ergebnis habe ich schon angesprochen. Wir beide sind keine Fachleute in dieser Frage; ich bin kein Ingenieur und ich glaube, Sie auch nicht, Frau Kollegin. Insofern tun wir an dieser Stelle gut daran, die Experten der zuständigen Gremien, also TÜV bei uns sowie die Experten beim Bundesumweltministerium und von der Reaktorsicherheitskommission, zu befragen. Dass das intern diskutiert wurde, halte ich für richtig. Es wäre schlimm, wenn keine solchen Diskussionen stattfänden. Der Stand der Technik könnte dann nicht weiterentwickelt werden. Ich glaube, da sind wir einer Meinung.

Man ist bei den Diskussionen erstens zu dem Ergebnis gekommen, dass keine Sicherheitsgefährdung besteht. Es konnte weder ein Riss noch ein Anriss festgestellt werden. Zweitens hat man festgestellt, dass kein Austausch notwendig wäre, hat dann aber gemeinsam mit dem Betreiber entschieden, vorsorglich zu handeln. Eigentlich müsste das ein Lob des Parlaments auslösen, dass man nicht dem Fachrat allein folgt, einen späteren Zeitpunkt zu nehmen, sondern quasi den frühestmöglichen Zeitpunkt nutzt, um etwaige Risiken vorsorglich zu klären. An der Stelle ist es also eher Fürsorge als die Gefahr, dass etwas anderes gemacht wird.

Sie sprechen die 10-Jahres-Frist an. Auch damals war es so: Im Jahr 2001 ist kein Riss oder Anriss festgestellt worden. Die Messungen aus dem Jahr 2001 lagen unterhalb der Registrierschwelle des einschlägigen kerntechnischen Regelwerks des Bundes. 2001 war Trittin Bundesumweltminister. Da hat es keinerlei Diskussionen gegeben.

Für die Revisionen der nächsten Jahre - warum man neun oder zehn Jahre genommen hat, weiß ich nicht - finde ich es sehr positiv, dass man den Revisionsprozess beschleunigt.

Es geht noch einen Schritt weiter. Wir investieren im Moment, unabhängig davon, dass wir es müssten - das knüpft ein bisschen an die Frage von Herrn Thalhammer an -, international eine Menge Geld in die Laufzeitverlängerung, um die weiteren Sicherheitsprotokolle zu verbessern, um Back-up-Systeme und Ausfallsysteme zu entwickeln, die eigentlich nach den jetzigen Vorstellungen national wie international nicht notwendig gewesen wären. Insofern kann man schon eher sagen, dass wir unserer Zeit fast voraus sind. Ich will nicht zu viel loben, denn das löst bei Ihnen Ärger aus. Ich möchte nur sagen, dass wir uns sehr korrekt verhalten haben.

Ich möchte auch ein Dankeschön an das Parlament sagen, nicht nur an die Prüfer vom TÜV, sondern an alle, die in der Atomaufsicht tätig sind. Das ist nicht so vergnügungssteuerpflichtig wie andere Aufgaben. Ich finde, unsere bayerischen Beamten leisten da hervorragende Arbeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte schön, Herr Kollege Dr. Fahn.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FW):** Herr Thalhammer hat vorhin gesagt, am 27.01. sei alles schon einmal diskutiert worden. Der Unterschied zu heute ist der, dass heute der Minister da ist. Das ist schon mal reizvoll und wichtig, um ihn konkret fragen zu können.

Herr Minister, Sie haben von Wahlen gesprochen. Nach meinen Berechnungen sind in Bayern erst 2013 wieder Wahlen. So gesehen fragen wir nicht aus diesem Grund, sondern weil konkret noch Unklarheiten bestehen.

Sie sagen, das AKW Grafenrheinfeld sei sicher. Aber ich sage konkret, es bleiben Zweifel. Zum Beispiel hat Herr Kurth vom Öko-Institut den Befund als meldepflichtig eingestuft. Das können Sie auch überall nachlesen.

Herr Minister, wie beurteilen Sie eigentlich die Beschlüsse von sehr vielen Kreistagen, von Kommunen in Unterfranken, Würzburg, Kitzingen, Rhön-Grabfeld und vieler anderer, die sich, auch wegen der Sicherheitsrisiken von Grafenrheinfeld, sehr intensiv mit dieser Thematik beschäftigt haben und die sich zum Teil einstimmig gegen die Restlaufzeitverlängerung ausgesprochen haben? Zum Beispiel sind in Rhön-Grabfeld viele Ihrer Parteikollegen dabei, dort werden die

Risiken ebenso wie hier von uns gesehen. Darum meine Frage: Nehmen Sie diese Beschlüsse ernst oder schieben Sie die einfach beiseite?

Noch eine letzte Frage: Sind Sie bereit, Herr Minister, einmal zu einer öffentlichen Diskussion nach Unterfranken zu kommen und sich mit der Bevölkerung auseinanderzusetzen oder schicken Sie immer nur Beamte des Umweltministeriums dort hin?

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium):** Herr Fahn, erstens, in der Tat spielen die Landtagswahlen für die Freien Wähler keine Rolle. Denn ihr seid nur noch bis 2013 hier.

(Sabine Dittmar (SPD): Was war das jetzt? Muss man das verstehen?)

Aber andere Parteien haben ein größeres Interesse. Das können Sie daran erkennen, dass es bei anderen Parteien zum Teil wortgleich abgestimmte Texte zu solchen Fragen gibt. Deswegen ist die Vermutung und der Zweifel, dass es hier nicht allein um diese Frage, sondern um ideologische Gründe geht, durchaus berechtigt.

Zweitens, wenn Herr Kurth das als meldepflichtig einstuft - ich weiß nicht, wer oder was Herr Kurth genau ist. Herr Kurth vom Öko-Institut ist sicher ein respektabler Mann, aber Herr Kurth ist nicht die Referenzadresse für die nationale Aufsicht. Denn in der Reaktor-sicherheitskommission sitzen ganz andere Koryphäen als Herr Kurth - Entschuldigung, Herr Kurth ist für mich nicht relevant. Aber Ihr Freund Kurth hat kurz und knapp gesagt, dass keine akute Gefahr besteht. Insofern hat Herr Kurth eine Entwarnung gegeben.

Ihre Frage zu Beschlüssen in Unterfranken nehme ich sehr ernst. Jede Gemeinde, jeder Kreistag oder Stadtrat, der eine entsprechende Resolution beschließt, bekommt natürlich, wenn sie an mich persönlich geht, eine persönliche Antwort.

Wir haben übrigens alle Standortgemeinden, den Landkreis und die zuständigen Gemeinden bereits im vergangenen Jahr zu einem Sicherheitsgespräch eingeladen und haben sie über den Stand informiert, was die Laufzeitverlängerung betrifft und über die Maßnahmen, die anstehen. Wir werden öffentlich berichten, welche weiteren Investitionen in die Erhöhung der Sicherheit getätigt werden.

Wir stellen uns der Diskussion. Ich stelle mich fast jeden Tag Diskussionen, weil ich übrigens davon überzeugt bin, dass - eine schwierige Entscheidung,

wir haben darüber im Parlament diskutiert - die Kernenergie einer Fortsetzung in Deutschland bedarf. Wenn wir die Klimaziele erfüllen wollen, wenn wir die Technologiestandards erhalten wollen, wenn wir günstigen Strom für alle sozialen Schichten in Deutschland erhalten wollen, dann wird es nicht anders gehen als mit einer begrenzten Verlängerung der Laufzeit.

Herr Lazik von der Atomaufsicht des bayerischen Umweltministeriums ist - Entschuldigung, wenn ich das sage - nicht irgendjemand, sondern einer der sachkundigsten Experten der Atomaufsicht in Deutschland und damit genau der Richtige, um mit Herrn Kurth und anderen zu diskutieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Danke schön, Herr Staatsminister. Die Ministerbefragung ist damit beendet. Vielen Dank.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion**

**"Schluss mit dem Schaulaufen - Bayern braucht eine seriöse und verlässliche Sozialpolitik"**

Für die heutige Sitzung war die SPD-Fraktion vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema "Schluss mit dem Schaulaufen - Bayern braucht eine seriöse und verlässliche Sozialpolitik."

Wie Sie wissen, gibt es Redezeiten von fünf Minuten. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, dann erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. - So weit zu den Formalia.

Erste Rednerin ist Frau Kollegin Steiger. Bitte schön.

**Christa Steiger (SPD):** Danke schön, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Mitte der Legislaturperiode lohnt es sich, einen Blick auf die bayerische Sozialpolitik zu werfen, zumal morgen der Einzelplan des Sozialhaushalts beraten wird. Ich greife zwei Schwerpunkte heraus - Schwerpunkte, die wir als SPD-Fraktion als Schwerpunkte genannt haben. Denn das Regierungsprogramm der CSU und der FDP widmet der Pflege von Menschen mit Behinderung gerade einmal jeweils ein Dutzend Zeilen. Das sagt im Grunde genommen

noch gar nichts, aber leider Gottes ist die Umsetzung bis jetzt auch etwas dürftig.

In Ihrem Koalitionspapier steht, Sie wollen für mehr Transparenz, weniger Bürokratie und einen optimalen Schutz in der Pflege sorgen.

Nun ist die Frage: Was haben Sie bisher erreicht, Frau Haderthauer, Herr Dr. Söder? Zum einen haben Sie den Pflegebeauftragten und die 24-Stunden-Hotline installiert, wobei man sagen muss, wenn nachts ein Anrufbeantworter läuft, dann ist das keine 24-Stunden-Hotline. Die Pflegekammer, Herr Dr. Söder, ist sicherlich nicht weniger Bürokratie. Und mehr Transparenz? - Das wird sich zeigen. Bis jetzt sicherlich auch nicht.

Glauben Sie denn im Ernst, dass sich die Probleme der Pflege so lösen lassen? Das ist blanker Aktionismus, gleichzeitig auch ein Stück weit Hilflosigkeit und vor allen Dingen eine Konkurrenzrangelei. Sie suchen nicht miteinander nach Lösungen, sondern benehmen sich wie Hase und Igel.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass diese Ressorttrennung komplett falsch war, dann ist es dieses Schauspiel.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich geht das zulasten der Betroffenen, der Pflegebedürftigen, der Beschäftigten, der Angehörigen und der Träger der Heime. Die Pflegebedürftigen brauchen qualitativ hochwertige Pflege und bezahlbare Pflege. Die Pflegekräfte brauchen eine ordentliche Bezahlung und Zeit für die Menschen, die sie betreuen. Die Träger brauchen eine Refinanzierung und Planungssicherheit. Es gibt jede Menge runder Tische, Arbeitskreise, Arbeitsgruppen im Sozialministerium, nicht nur zum Thema Pflege. Die Arbeit aller in den Gremien ist weder Selbstzweck noch eine Beschäftigungstherapie, sondern sie wird von allen Beteiligten sehr ernst genommen. Aber welche Konsequenzen werden aus dem Fachwissen, aus den Vorschlägen für die künftige bayerische Sozialpolitik gezogen?

Lassen Sie mich ein bisschen etwas anreißen. Das Pflege-, Wohn- und Qualitätsgesetz ist über zwei Jahre alt. Manche denken bei zwei Jahre alten Gesetzen schon über Novellierungen nach. Die Ausführungsverordnung zum Gesetz gibt es bis heute noch nicht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ach, da schau her!)